

zur UVP-Vorprüfung im Antrag vom 19.10.2020 (§ 7 Abs.4 i.V.m. Anlage 2 UVPG), dem Lärmgutachten des Ingenieurbüros Tecum vom 15.07.2019, dem Gutachten nach TA Luft der IMA Richter & Röckle GmbH & Co. KG vom 10.07.2019, dem Erschütterungsgutachten des Ingenieurbüros Kurz und Fischer vom 16.10.2020 und der Baugrunderkundung der Geo-Consult Allgäu GmbH vom 25.04.2018 (§ 7 Abs. 5 Satz 2 UVPG). Die Angaben wurden mit eigenen Erkenntnissen aus dem seit Jahrzehnten betriebenen Schrottplatz ergänzt.

gez.: Ruch, RA Az. 22.1 - 171/4-119/3 Ru 22.1-334

Landratsamt Oberallgäu
Az: 22.03-647/2-05/15

Bekanntmachung

zur vorläufigen Sicherung des vom Wasserwirtschaftsamt Kempten ermittelten Überschwemmungsgebietes der Ostrach in der Stadt Sonthofen, in der Gemeinde Burgberg und im Markt Bad Hindelang

Das Landratsamt Oberallgäu erlässt folgende

Allgemeinverfügung:

1. Die vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes an der Ostrach von Fl.km. 0,00 – 13,325 in der Stadt Sonthofen, in der Gemeinde Burgberg und im Markt Bad Hindelang (Landkreis Oberallgäu) wird bis zum 01.12.2022 verlängert.

2. Die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes ergibt sich aus der vom Wasserwirtschaftsamt Kempten erstellten Übersichtskarte und den Detailkarten.

Mit Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 49 für den Landkreis Oberallgäu vom 01.12.2015 wurde das vom Wasserwirtschaftsamt Kempten ermittelte und in Karten dargestellte Überschwemmungsgebiet der Ostrach vorläufig gesichert (§ 76 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz – WHG i.V.m. Art 47 Abs. 2 Bayerisches Wassergesetz – BayWG). Die vorläufige Sicherung eines Überschwemmungsgebietes endet spätestens nach Ablauf von fünf Jahren, kann aber im begründeten Einzelfall um höchstens zwei weitere Jahre verlängert werden (Art. 47 Abs. 4 Satz 2 und 3 BayWG).

Zwischenzeitlich wurde die Hochwasserschutzmaßnahme Ostrach in Sonthofen fertiggestellt. Die bisherigen Überschwemmungsflächen stimmen somit in Sonthofen und Burgberg nicht mehr. Die Verlängerung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Ostrach um zwei Jahre ist erforderlich, da eine Neuberechnung der neuen Überschwemmungsflächen noch nicht fertiggestellt werden konnte und sich noch in Arbeit befindet.

Im Anschluss beabsichtigt das Landratsamt Oberallgäu das neu ermittelte Überschwemmungsgebiet durch Rechtsverordnung festzusetzen. Die vorläufige Sicherung endet vorzeitig mit Erlass der Verordnung (Art. 47 Abs. 4 Satz 1 BayWG).

Die bei einem Bemessungshochwasser überschwemmten Flächen sind in der Übersichtskarte M = 1 : 25.000 schräg dunkelblau schraffiert und eingefasst. Diese, sowie die Detailkarten im Maßstab 1 : 2.500, können im Landratsamt Oberallgäu, bei der Stadt Sonthofen, der Gemeinde Burgberg und dem Markt Bad Hindelang während der üblichen Dienstzeiten, sowie im Internet unter www.iug.bayern.de eingesehen werden. Dort sind auch weitere Informationen über Überschwemmungsgebiete sowie rechtliche Grundlagen und Hinweise zum Festsetzungsverfahren enthalten.

Wegen der mit der vorläufigen Sicherung verbundenen Rechtswirkungen wird auf §§ 78, 78 a und 78 c WHG hingewiesen.

Weitere Informationen:

Ermittelte, vorläufig gesicherte und festgesetzte Überschwemmungsgebiete werden im Internet unter https://www.lfu.bayern.de/wasser/hw_ue_gebiete/informationsdienst/index.htm im „Informationsdienst Überschwemmungsfähige Gebiete in Bayern“ (IÜG) für die Öffentlichkeit dokumentiert. Dort sind auch weitere Informationen über Überschwemmungsgebiete sowie rechtliche Grundlagen und Hinweise zum Festsetzungsverfahren enthalten. Wasserspiegellagen sind beim zuständigen Wasserwirtschaftsamt zu erfragen.

Die Unterlagen können außerdem im Internet unter <https://www.oberallgaeu.org/de/oeffentliche-bekanntmachungen.html> heruntergeladen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Bayer. Verwaltungsgericht in Augsburg.

Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, oder Postfachanschrift: Postfach 112343, 86048 Augsburg,

schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klageverfahrens (Ausgangsbescheid mit Datum) bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben und dieser Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Kraft Bundesrechts wird in Prozessen vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Sonthofen, 23.11.2020

LANDRATSAMT OBERALLGÄU

gez.: Haug, ORR 22.3-335

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de). **Bekanntmachung des Landratsamtes Oberallgäu**

Öffentliche Bekanntmachung

Das Landratsamt Oberallgäu hat mit Bescheid vom 24.11.2020. (Bpl.Nr. 1038/20), verschiedene Nutzungsänderungen, insbesondere zur Erstellung eines Fitnessstudios mit befristeter Gültigkeit bis zum 31.12.2021 in **87544 Blaichach, Sonthofener Straße 12**, (Fl.Nr. 21), Ge-markung Blaichach, bauaufsichtlich genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg, Kornhausgasse 4 Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

gez.: Ferdinand Berger

Die genehmigten Planunterlagen können beim Bauamt des Landratsamtes Oberallgäu in 87527 Sonthofen, Oberallgäuer Platz 2, Zimmer

3.16, und bei der Gemeinde Blaichach, Kirchplatz 3, 87544 Blaichach, eingesehen werden.

Ferdinand Berger 21-336

Bekanntmachung des Landratsamtes Oberallgäu

Öffentliche Bekanntmachung

Das Landratsamt Oberallgäu hat mit Bescheid vom 26.11.2020. (Bpl.Nr. 1183/20), Neubau eines Hochbehälters am Berg sowie einer Pumpstation im Tal in Bad Hindelang, (Fl.Nr. 762/4), Gemarkung Hindelang, bauaufsichtlich genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg, Kornhausgasse 4 Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

gez.: Karl-Heinz Pfeil

Die genehmigten Planunterlagen können beim Bauamt des Landratsamtes Oberallgäu in 87527 Sonthofen, Oberallgäuer Platz 2, Zimmer 3.16, und beim Markt Bad Hindelang, Marktstraße 9, 87541 Bad Hindelang, eingesehen werden.

Karl-Heinz Pfeil 21-337

Satzung für die Erhebung der Hundesteuer in der Stadt Immenstadt i. Allgäu (Hundesteuersatz)

Aufgrund des Art. 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes i.d.g.F. erlässt die Stadt Immenstadt i. Allgäu folgende Satzung für die Erhebung einer Hundesteuer.

§ 1
Steuertatbestand

Das Halten eines über vier Monate alten Hundes im Stadtgebiet unterliegt einer gemeindlichen Jahresaufwandsteuer nach Maßgabe dieser Satzung. Maßgebend ist das Kalenderjahr.

§ 2
Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das Halten von

- Hunden allein zu Erwerbszwecken, insbesondere das Halten von
 - Hunden in Tierhandlungen,
 - Hunden, die zur Bewachung von zu Erwerbszwecken gehaltenen Herden notwendig sind und zu diesem Zwecke gehalten werden.
- Hunden des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Malteser Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfall-Hilfe oder des Technischen Hilfswerks, die ausschließlich der Durchführung der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen,
- Hunden ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben,
- Hunden, die von Mitgliedern der Truppen oder eines zivilen Gefolges verbündeter Stationierungsstreitkräfte sowie deren Angehörigen gehalten werden,
- Hunden, die von Angehörigen ausländischer diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland gehalten werden,
- Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tiersyl-en oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
- Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen,
- Hunden, die für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind.

§ 3
Steuerschuldner, Haftung

- Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen aufgenommen hat. Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält. Alle in einem Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.
- Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

§ 4
Wegfall der Steuerpflicht; Anrechnung

- Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen in weniger als drei aufeinander folgenden Monaten im Kalenderjahr erfüllt werden.
- Tritt an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes, für den die Steuerpflicht im Kalenderjahr bereits entstanden und nicht nach Abs. 1 entfallen ist, bei demselben Halter ein anderer Hund, entfällt für dieses Kalenderjahr die weitere Steuerpflicht für den anderen Hund. Tritt in den Fällen des Satzes 1 an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes ein Kampfhund, entsteht für dieses Kalenderjahr hinsichtlich dieses Kampfhundes eine weitere Steuerpflicht mit einem Steuersatz in Höhe der Differenz aus dem erhöhten Steuersatz für Kampfhunde und dem Steuersatz, der für den verstorbenen oder veräußerten Hund gegolten hat.
- Ist die Steuerpflicht eines Hundehalters für das Halten eines Hundes für das Kalenderjahr oder für einen Teil des Kalenderjahres bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland entstanden und nicht später wieder entfallen, ist die erhobene Steuer auf die Steuer anzurechnen, die dieser Hundehalter für das Kalenderjahr nach dieser Satzung zu zahlen hat. Mehrbeträge werden nicht erstattet.

§ 5
Steuermastab und Steuersatz

- Die Steuer beträgt

für den ersten Hund	EUR 85,00
für den zweiten Hund	EUR 193,00
für jeden weiteren Hund	EUR 242,00

Hierunter fallen nicht die in Abs. 2 und Abs. 3 genannten Kampfhunde.

- Als Kampfhund der „Kategorie 2“ im Sinne des Art. 37 Abs. 1 LStVG i.V.m. § 1 Abs. 2 Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit vom 10. Juli 1992 gelten Hunde, bei denen die Eigenschaft als Kampfhunde vermutet wird. Im steuerlichen Sinn gilt dies für diese Satzung auch dann, wenn für die einzelnen Hunde nachgewiesen wird, dass diese keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren aufweisen und ein Negativzeugnis ausgestellt wurde. Es handelt sich gemäß der Verordnung in der Fassung vom 4. September 2002 (GVBl. S. 513, 583) um folgende Rassen von Hunden: Alano, American Bulldog, Bullmastiff, Bullterrier, Cane Corso, Dog Argentino, Dogue de Bordeaux, Fila Brasileiro, Mastiff, Mastin Espanol, Mastino Napoletano, Perro de Presa Canario (Dogo Canario), Perro de Presa Mallorquin, Rottweiler; Für die genannten Rassen und Gruppen von Hunden, sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden beträgt,

abweichend von Abs. 1 die jährliche Steuer

- | | |
|--|--------------|
| für den ersten Kampfhund „Kategorie 2“ | EUR 1.300,00 |
| für den zweiten Kampfhund „Kategorie 2“ | EUR 1.500,00 |
| für jeden weiteren Kampfhund „Kategorie 2“ | EUR 1.700,00 |

- Als Kampfhund der „Kategorie 1“ im Sinne des Art. 37 Abs. 1 LStVG i.V.m. § 1 Abs. 1 Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit vom 10. Juli 1992 gelten Rassen und Gruppen von Hunden, sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit an-deren Hunden, bei denen die Eigenschaft als Kampfhund stets vermutet wird. Es handelt sich gemäß der Verordnung in der Fassung vom 4. September 2002 (GVBl. S. 513, 583) um folgende Rassen von Hunden: Pit-Bull, Bandog, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier, Tosa-Inu; Hierzu zählen auch Hunde der „Kategorie 2“ gemäß § 5 Absatz 2 dieser Satzung ab dem 18 Lebensmonat, wenn der nötige Nachweis, dass diese keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren aufweisen, nicht beigebracht und somit kein Negativzeugnis durch die Sicherheitsbehörde ausgestellt wurde.

Für die genannten Rassen und Gruppen von Hunden, beträgt, abweichend von Abs. 1 die jährliche Steuer

- | | |
|------------------------------|--------------|
| für den ersten Kampfhund | EUR 1.400,00 |
| für den zweiten Kampfhund | EUR 1.600,00 |
| für jeden weiteren Kampfhund | EUR 1.800,00 |

(Bei der Bemessung der Anzahl werden auch Kampfhunde der „Kategorie 2“ hinzugezählt, denen kein Negativzeugnis ausgestellt wurde).

- Für die Deklaration der Hunderassen als Kampfhund gemäß Abs. 2 und 3 gilt jeweils die aktuell gültige Bayerische Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit sowie die beschriebenen steuerlichen Einstufungen.

- Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 2 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. Hunde, für die die Steuer nach § 6 ermäßigt wird, gelten als erste Hunde.

§ 6
Steuerermäßigungen

- Die Steuer ist um die Hälfte ermäßigt für
 - Hunde, die in Einöden gehalten werden. Als Einöde gilt ein Anwesen, dessen Wohngebäude mehr als 500 m Luftlinie von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.
 - Hunde, die von Forstbediensteten, Berufsjägern oder Inhabern eines Jagdscheines ausschließlich oder überwiegend zur Ausübung der Jagd oder des Jagd- oder Forstschutzes gehalten werden, sofern nicht die Hundehaltung steuerfrei ist. Die Steuerermäßigung tritt nur ein, wenn die Hunde die Brauchbarkeitsprüfung oder eine ihr gleichgestellte Prüfung nach § 21 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes mit Erfolg abgelegt haben.
- Die Steuerermäßigung nach Satz 1 kann nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden. Sind sowohl die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 1 als auch des Satzes 1 Nr. 2 erfüllt, wird die Steuer nur einmal ermäßigt.

- Wird ein Hund aus einem nach den Vorschriften der Abgabenordnung als steuerbegünstigt anerkannten und mit öffentlichen Mitteln geförderten inländischen Tierheim oder Tiersyl vom Halter von dort in seinen Haushalt aufgenommen, ermäßigt sich die Steuer für jeden Monat der Hundehaltung um ein Zwölftel des Steuersatzes. Die Steuerermäßigung wird längstens für die ersten zwölf Monate der Hundehaltung nach Aufnahme in den Haushalt gewährt.

§ 7
Züchtersteuer

- Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse in zuchtfähigem Alter, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für Hunde dieser Rasse in der Form der Züchtersteuer erhoben. § 2 Nr. 7 bleibt unberührt.

- Die Züchtersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte des Steuersatzes nach § 5 Abs. 1. § 5 Abs. 4 gilt entsprechend.

- Eine Ermäßigung im Rahmen der Züchtersteuer wird abweichend von Abs. 2 nicht für Kampfhunde im Sinne des § 5 Abs. 2 und Abs. 3 dieser Satzung gewährt.

§ 8
Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung (Steuervergünstigung)

- Steuerermäßigungen werden nur auf Antrag gewährt. Maßgebend für die Steuervergünstigung sind die Verhältnisse zu Beginn des Jahres. Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Jahres, so ist dieser Zeitpunkt entscheidend.
- In den Fällen des § 6 kann jeder Ermäßigungsgrund nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden.
- Für Kampfhunde wird keine Steuerbefreiung nach § 2 Nr. 7 und 8 und keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 9
Entstehung der Steuerpflicht

Die Steuerpflicht entsteht mit Beginn des Jahres oder während des Jahres an dem Tag, an dem der Steuertatbestand verwirklicht wird.

§ 10
Fälligkeit der Steuer

Die Steuer wird, soweit nichts Anderes bestimmt ist, jeweils zum 15. Februar eines Kalenderjahres fällig. Im Übrigen wird die Steuer einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheides fällig.

§ 11
Anzeigepflichten

- Wer einen über vier Monate alten, der Stadt noch nicht gemeldeten Hund hält, muss ihn innerhalb von 14 Tagen – unter Angabe von Namen und Wohnung des Halters, Herkunft, Rasse, Alter und Geschlecht, sowie der Zeitpunkt der Inbesitznahme - der Stadt melden.

- Der steuerpflichtige Hundehalter (§ 3) soll den Hund innerhalb von 14 Tagen bei der Stadt abmelden, wenn er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, wenn der Hund abgezogen oder tot ist, oder wenn der Halter aus der Stadt weggezogen ist. Bei Besitzwechsel sind der Name und die Anschrift des neuen Besitzers anzugeben; für getötete oder verendete Hunde ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen. Ebenso ist jede Wohnungsänderung innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen.

- Fallen die Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung weg oder ändern sie sich, so ist das der Stadt innerhalb von 14 Tagen anzuzeigen.

§ 12
Hundekennzeichen

- Die Stadt gibt für jeden Hund ein Hundekennzeichen (Steuermarke) aus. Das Hundekennzeichen ist Eigentum der Stadt und ist bei der Abmeldung des Hundes zurückzugeben.
- Bei Verlust der gültigen Steuermarke wird dem Hundehalter auf Antrag eine neue Steuermarke gegen eine Gebühr in Höhe von 5 Euro ausgehändigt.
- Hunde müssen außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters die Steuermarke tragen.
- Der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Stadt die Steuermarke auf Verlangen vorzulegen.

§ 13
Steuerüberwachung

Zur Überprüfung der Hundehaltungen und zur allgemeinen Aufnahme des Hundebesandes kann die Stadt nach Art. 13 Abs. 6 Satz 1 KAG in Verbindung mit Art 16 des Bayerischen Datenschutzgesetzes

- Auskünfte durchführen und
- Personen einholen.

§ 14
Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 16 Nr. 2 KAG kann mit Geldbuße bis zu fünftausend Euro belegt werden, wer als Hundehalter vorsätzlich oder leichtfertig entgegen

- § 11 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet;
- § 11 Abs. 3 den Wegfall der Voraussetzungen für die Steuervergünstigung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt;
- § 12 Abs. 2 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne befestigte Steuermarke umherlaufen lässt;
- § 12 Abs. 4 die Steuermarke auf Verlangen eines Beauftragten der Stadt nicht vorzeigt.

§ 15
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung für die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Immenstadt i. Allgäu (Hundesteuersatzung) vom 01.01.2019 außer Kraft.

STADT IMMENSTADT I. ALLGÄU 26.11.2020

gez.: Nico Sentner, Erster Bürgermeister 51-338

Öffentliche Zustellung

Sonthofen, 27. November 2020. Nr. Az.: SG52/SF/RY/OA-Y2396
Landkreis Bürgerservice, Frau Rypa
Oberallgäuer Platz 2, 87527 Sonthofen, Zi. E.05
Telefon: 08321/612-900, Telefax: 08321/612-350
E-Mail: buergerservice@Ira-oa.bayern.de

Zulassungsrecht:
Benachrichtigung über eine öffentliche Zustellung für Herr Silvano Gussoni, geb.: 30.03.1960 in Pontremoli (MS)
Zuletzt wohnhaft in: An der Aach 11 A, 87509 Immenstadt
Fahrstellnummer: WDD2052371F234728 amt. Kennz.: OA-Y2396

Öffentliche Zustellung des Eingriffsverwaltungsbescheids vom 27. November 2020, Nr. Az. SG52/SF/RY/OA-Y2396, gemäß Art. 41 BayVwVfG i. V. m. Art. 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 VwZVG

Der derzeitige Aufenthaltsort des vorgenannten Empfängers ist unbekannt.

Zustellungsversuche des o.g. Bescheids durch die Post blieben unter der angegebenen Anschrift erfolglos ebenso anschließende Ermittlungen über den aktuellen Aufenthalt.

Das o.g. Schriftstück wird daher gemäß Art. 15 VwZVG öffentlich zugestellt.

Der Bescheid vom 23.11.2020, Nr., Az. SG52/SF/RY/OA-Y2396, liegt bei der Zulassungsstelle des Landratsamtes Oberallgäu, Oberallgäuer Platz 2, 87527 Sonthofen, Zi. E.05, während der Dienststunden zur Abholung durch den Betroffenen auf.

Es erfolgt der besondere Hinweis, dass durch die öffentliche Zustellung Fristen (z.B. Rechtsbehelfsfrist) in Gang gesetzt werden können, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können (vgl. Art. 15 Abs.2 Satz 3 VwZVG).

Der Bescheid gilt nach Art. 15 Abs. 2 Satz 6 VwZVG als öffentlich zugestellt, wenn seit dem Tag der Bekanntmachung der Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind.

Rypa, Verwaltungsangestellte/r 52-339



Oberallgäu

Landkreis

BürgerService Zulassung

im Landratsamt Oberallgäu
Sonthofen, Oberallgäuer Platz 2
Service-Telefon 08321/612-900
Telefax 08321/612-350
buergerservice@Ira-oa.bayern.de

in der gemeinsamen Zulassungsstelle
von Landkreis und Stadt Kempten (Allgäu)
Kempten, Bahnhofstraße 80
Bürgerservice Zulassung und
Führerscheinstelle Kempten
0831/2525-3400
Telefax 0831/2525-3450
buergerservice-zulassung@kempten.de

Im Internet:

- Wunschkennezeichen reservieren
- Feinstaubplaketten bestellen
- Termin vereinbaren

www.buergerservice-zulassung.de

Erweiterte Öffnungszeiten:

	Sonthofen	Kempten
Mo.	7.30 - 17.00 h	7.30 - 12.00 u. 13.00 - 17.00 h
Di.	7.30 - 13.00 h	7.30 - 13.00 h
Mi./Do.	7.30 - 16.00 h	7.30 - 12.00 u. 13.00 - 16.00 h
Fr.	7.30 - 12.30 h	7.30 - 12.30 h

Über unsere neue Behördenrufnummer 115 erreichen Sie uns ohne Vorwahl Montag bis Freitag 7.30 bis 18.00 Uhr